



# Infobrief

Eisenstadt, 22.11.2021

## **Betreff: Forderungspaket des GVV an Finanzminister Blümel**

**Sehr geehrte/r Frau/Herr Bürgermeister/in!**

**Sehr geehrte/r Frau/Herr Amtsleiter/in!**

Die 171 burgenländischen Gemeinden sind bis dato gut durch die Krise gekommen. Dies ist auch auf die Unterstützungsmaßnahmen des Landes zurückzuführen. Während des Land Burgenland sein Möglichstes versucht, wird das vom Bund groß angekündigte Gemeindepaket in Milliardenhöhe leider immer mehr zur Farce für die burgenländischen Gemeinden.

**Wichtige Auszahlungen lassen auf sich warten. Bereits überwiesene Unterstützungsgelder werden nun doch früher als ursprünglich vorgesehen vom Bund aus den „Gemeinekassen“ gezogen!** Das Land hat im Rahmen seiner Möglichkeiten reagiert und gleich zu Beginn der Pandemie die Aufstockung von Kassenkrediten sowie der Möglichkeit der Aufnahme von Darlehen für die laufende Verwaltung zur Bewältigung der Krise in die Wege geleitet. **Im Burgenland wurde immer der partnerschaftliche und gemeinsame Weg zwischen Land und Gemeinden auf Augenhöhe gegangen. Diesen Zugang wünscht sich der GVV auch vom Bund, vor allem was das Bundes-Gemeindepaket betrifft.**

Der Bund hat 2021 ein Gemeindepaket im Ausmaß von 1,5 Milliarden Euro für Gemeinden angekündigt. **Dem Burgenland stehen aus dem gesamten Paket 36 Millionen Euro zur Verfügung.** Insbesondere was den größten Teil des Pakets in der Höhe von 22,4 Millionen Euro in Form von Sondervorschüssen eines zinslosen Kredits betrifft, werden versprochene Gelder vom Bund nicht ausbezahlt bzw. müssen vorzeitig von den Gemeinden an den Bund rückgeführt werden. Die Auszahlung der Vorschüsse hätte in vier Teilbeträgen passieren sollen, bereits der Teilbetrag für September und Dezember wurde nicht ausbezahlt – das sind in Summe rund 11,2 Millionen Euro, also die Hälfte des Paketteils. Auch der bereits überwiesene Teil, die andere Hälfte in der Höhe von 11, 2 Millionen Euro, soll nun auch noch früher als ursprünglich vorgesehen bereits im November 2021 bzw. bis März 2022 aus den Gemeinden zurückgefordert werden.

**Laut Finanzausgleichsgesetzes war eine Rückführung erst für 2023 vorgesehen.** Der Bund argumentiere die Vorgehensweise damit, dass es eine besonders gute wirtschaftliche Entwicklung gebe und die Gemeinden die Gelder im Nachhinein betrachtet nicht benötigen würden. **Angesichts der aktuellen Entwicklung und der neuen Lockdown-Situation eine für den GVV Burgenland nicht nachvollziehbare Vorgehensweise.**

Finanzminister Blümel hat für die Städte und Gemeinden generell viel versprochen und wenig gehalten. **Die GVV Forderung nach einer vollständigen Abgeltung der Einnahmenverluste der Kommunen durch die Coronakrise seitens des Bundes wurde nicht annähernd erfüllt.** Es zeigen sich dabei eklatante Widersprüche zwischen den Versprechungen des Finanzministers und der Realität. **Für alle burgenländischen Gemeinden kann man sagen, dass 100% des Kriseneinnahmenausfalls gebraucht worden wären, Finanzminister Blümel weniger als die Hälfte davon versprochen hat, dies auch im Land plakatiert wurde und tatsächlich bis dato nur rund ein Drittel des versprochenen Geldes tatsächlich in den Gemeindekassen angekommen ist. Der GVV Burgenland hat dabei von Anfang der Pandemie an 250.- Euro/Einwohner als auflagenfreie Einnahmenausfallsentschädigung für die Kommunen gefordert.**

Des Weiteren fordert der GVV auch eine Abgeltung für die Kosten der eben erst verabschiedeten ÖKO-Steuerreform der Bundesregierung. Diese Kosten tragen zu 13% die Kommunen, das entspricht 2,4 Mrd. Euro oder 650 Millionen Euro pro Jahr. **Für die burgenländischen Gemeinden sind das jährlich 13,4 Mio. Euro weniger Einnahmen.** Daher fordert der GVV, dass die neu eingeführte Co<sup>2</sup> Abgabe eine gemeinschaftliche Bundesabgabe wird, damit sie auch im Finanzausgleich Berücksichtigung findet und keinen weiteren Einnahmenausfall bedeutet.

Die ÖVP Burgenland wäre aufgefordert, sich beim Finanzminister für die Gemeinden einzusetzen, anstatt finanzielle Versprechen zu plakatiert, von denen dann tatsächlich nur rund ein Drittel eingelöst werden! Ein erster Schritt wäre für den GVV **daher die versprochenen Ertragsanteils-Vorschüsse sofort in nichtrückzahlbare Zuschüsse umzuwandeln.**

Wichtig wäre auch, dass Schluss ist mit der Show- und Inszenierungspolitik auf allen Ebenen. **Der GVV spricht sich dafür aus, dass die Bundesregierung wieder auf einen vernünftigen, faktenbasierten Kurs einschwenkt.**

### **Die Forderungen des GVV an den Bund:**

- Die versprochenen Ertragsanteils-Vorschüsse des BMF sofort in nichtrückzahlbare Zuschüsse umwandeln!
- Volle Abgeltung der Corona-Einnahmenausfälle und die Kompensation der Kosten für die Gemeinden durch die Öko-Steuerreform seitens des BMF (87,5 Mio. Euro für die burgenländischen Gemeinden)
- Die Abgaben durch die Ökologisierung (Co<sup>2</sup> Steuer) müssen im FAG verteilt werden.

Für den Verband

Bgm. Erich Trummer  
Präsident GVV

Mag. Herbert Marhold  
1. Landesgeschäftsführer GVV

